

Inhalt

H. Budgetierung

H.1	Vorbemerkungen	116
H.2	Budgetmodell	116
H.2.1	Produktbudgets	116
H.2.2	Budgetierung mit Zielen und Kennzahlen	118
H.3	Budgetverantwortung	119
H.4	Deckungsregeln	119
H.4.1	Sachliche Deckungsfähigkeiten	120
H.4.2	Hierarchische Deckungsfähigkeiten	122
H.4.3	Zweckbindungen	124
H.4.4	Deckungsringe	124
H.5	Übertragung von Haushaltsmitteln	124
H.6	Vom einheitlichen Budget- modell abweichende Sonderfälle	125
H.6.1	Externe Kostendecker	126
H.6.2	Ehemals plafonierte Dienststellen	126
H.6.3	Sonstige von der Budgetierung ausge- nomme Produkte	126
K.	Anhang	365
K.2	Zuordnungstabelle Sachkonto zu Teilbudget	399

Ansprechpartner:

Stadtkämmerei

Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-25 48

H. Budgetierung

H.1 Vorbemerkungen

Das Thema Budgetierung hat bei der Stadt Nürnberg eine lange Tradition, die sich bis in die 90er Jahre zurück verfolgen lässt.

Mit der Einführung des Produkthaushaltes zum 01.01.2014, in dem Produkte und eine outputorientierte Steuerung eine wichtige Rolle spielen werden, wird das Budgetmodell an die neuen Erfordernisse angepasst. Der eingeschlagene Weg der dezentralen Ressourcenverantwortung soll dabei nicht verlassen werden. Da die Stadt Nürnberg mit der Umstellung auf die neue Budgetlogik zum Teil Neuland betritt, sollen die Jahre 2014 und 2015 dazu genutzt werden, Erfahrungen zu sammeln, und das Modell den Erfordernissen anzupassen.

Ein Budget stellt grundsätzlich den finanziellen Ermächtigungrahmen für die bewirtschaftende Stelle dar, in welchem sie die zur Zielerreichung notwendigen Maßnahmen eigenverantwortlich einleiten, steuern und überwachen muss.

Die den Dienststellen/Organisationseinheiten zugeordneten Produkte sollen ergebnisorientiert mit Leistungs- und Finanzvorgaben gesteuert werden. Die Leistungsvorgaben werden dabei über Ziele und Kennzahlen abgebildet. Die Finanzvorgaben erfolgen grundsätzlich in Form von Budgets. Mit dem neuen Budgetmodell wird den Produktverantwortlichen im Vergleich zum bisherigen Modell mehr Steuerungskompetenz und -verantwortung übertragen. Das vom Produktverantwortlichen zu verantwortende Budgetvolumen wurde erweitert.

Funktional gesehen erfolgt die Steuerung zukünftig auf den vier Ebenen: Produkte, Dienststellen/Organisationseinheiten, Referate/Geschäftsbereiche und Gesamtstadt („Vier-Ebenen-Steuerung“). Mit dieser hierarchischen Trennung soll die dezentrale Ressourcenverantwortung gefördert werden. Aus Produktsicht heraus werden in der Regel Abteilungen für die Leistungserstellung und -steuerung verantwortlich sein. Leistungen werden zu Produkten (= Budgetebene) zusammengefasst, die von den Dienststellen zu steuern und verantworten sind. Auf der nächsten

Steuerungsebene sollen die Referate/Geschäftsbereiche vor allem eine Finanzverantwortung für die vereinbarten Produktbudgets ihrer Dienststellen übernehmen, und, falls notwendig steuernd eingreifen. Erst wenn auf dieser Steuerungsebene keine Lösungen erreicht werden können, greift die Gesamtstadt steuernd ein.

In Anlehnung an die Begrifflichkeiten der KommHV-Doppik (siehe Muster zu § 4 Abs. 4 KommHV-Doppik), in dem für die Darstellung der internen Leistungsbeziehungen auch die Begriffe Erträge und Aufwendungen benutzt werden, werden im Budgetierungshandbuch durchgängig die Begriffe Erträge und Aufwendungen verwendet.

H.2 Budgetmodell

Im Produkthaushalt sind Produkte mit den zugehörigen Finanzdaten, Zielen und Kennzahlen das zentrale Steuerungselement. Aus diesem Grunde werden die Budgets bei der Stadt Nürnberg - unter Beachtung des § 4 KommHV-Doppik - unterhalb der Teilhaushalte (= Geschäftsbereiche/Referate) auf der Produktebene festgelegt und durch den jeweiligen Produktverantwortlichen verantwortet.

H.2.1 Produktbudgets

Zur besseren Informationsgewinnung (Transparenz) und zur Trennung unterschiedlicher steuerungsrelevanter Bestandteile wird ein Produkt in mehreren Teilbudgets zerlegt:

Teilbudget K1	• Sachmittel
Teilbudget K2	• Personal (nur Aktive)
Teilbudget K3	• Sozialtransferleistungen und Zuwendungen
Teilbudget K4	• Interne Leistungsbeziehungen
Teilbudget K5	• Sonstiges
Teilbudget I1	• Investitionen für bewegliches Vermögen
Teilbudget I2	• Investitionen für MIP-Maßnahmen

Die Teilbudgets K1 bis K5 umfassen den konsumtiven Bereich mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträ-

gen. Die Teilbudgets I1 und I2 bilden die Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen ab.

Eine detaillierte Auflistung der Zuordnung der einzelnen Sachkonten zu den jeweiligen Teilbudgets ist im Band 1 in der Anlage K2 im Anhang abgedruckt.

Im Band 2 werden in den Produktdatenblättern die Finanzdaten analog der Teilbudgetlogik abgebildet. Die Ermächtigung durch den Stadtrat erfolgt jeweils getrennt nach den einzelnen Teilbudgets. Die innerhalb und zwischen Produkten möglichen Deckungsfähigkeiten werden im Gliederungspunkt H.4 ausführlich erläutert.

In den folgenden Ausführungen werden die Ermächtigungen und die Inhalte der einzelnen Teilbudgets im Detail beschrieben.

Teilbudget K1 - Sachmittel

Beim Teilbudget K1 wird der Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen ergebnisorientiert ermächtigt.

Das Teilbudget K1 umfasst alle konsumtiven Sachaufwendungen und -erträge, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Produkterstellung stehen und nicht K2, K3 und K5 zugeordnet werden. In K1 werden die bisherigen budgetwirksamen und ein großer Teil der bisherigen nicht-budgetwirksamen, aber deckungspflichtigen Sachkonten zusammengefasst. Zudem werden die bisher zu den Personalaufwendungen gezählten Aufwendungen für Aus-/Fortbildung und die Aufwendungen für Dozenten und Honorarkräfte dem Sachmittelbudget zugeordnet.

Die Steuerung des Teilbudgets K1 liegt voll im Verantwortungsbereich der Produktverantwortlichen.

Teilbudget K2 - Personal (nur Aktive)

Beim Teilbudget K2 wird der Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen ergebnisorientiert ermächtigt.

Das Teilbudget K2 berücksichtigt die Personalaufwendungen und -zuwendungen für aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Stellenplan geführt werden. Das sind alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Geld- und Sachleistungen an Beamte, tariflich Beschäftigte und sonstige Beschäftigte, die nicht Versorgungsempfänger sind.

Gegenüber der bislang gültigen Definition der „Aktivpersonalkosten“ sollen künftig hierunter auch Dienstaufwendungen (zum Beispiel Bezüge und Entgelte, Zulagen, Sonderzahlungen und Jubiläumszuwendungen) fallen. Insbesondere werden auch die sogenannten Personalnebenkosten wie Beiträge zu Versorgungskassen und Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung), Beihilfe und Unterstützungsleistungen sowie im Rahmen der Rückstellungsbildung periodengerecht zu berücksichtigende Aufwendungen (zum Beispiel für Beihilfe, Urlaub und Pensionen) in das Budget integriert. Aufwendungen für nicht mehr aktive Beschäftigte (Versorgungsempfänger) werden in das Teilbudget K5 mit einbezogen.

Das Personalbudget beinhaltet neben den Personalaufwendungen ebenso die Erträge für Erstattungen und Zuwendungen (zum Beispiel Lehrpersonalzuschüsse und die Kind bezogene Förderung nach BayKiBiG), die mehrheitlich für Personal geleistet werden.

Die Personalaufwendungen werden im Rahmen der Haushaltsplanung und Budgetaufstellung auf der Basis von Durchschnittskosten (= Bewertungskomponente) und dem Stellenplan (= Mengenkomponekte) ermittelt.

Teilbudget K3 - Sozialtransferleistungen und Zuwendungen

Beim Teilbudget K3 wird grundsätzlich der Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen ergebnisorientiert ermächtigt. Eine Einzelermächtigung erfolgt für die Zuwendungen (Zuschüsse und Zuweisungen), die im Band 1, Gliederungspunkt I.2.2 in der Liste der Zuschüsse und Zuweisungen dargestellt sind.

Das Teilbudget K3 weist alle Aufwendungen und Erträge für Sozialtransferleistungen und Zuwendungen (= Zuweisungen und Zuschüsse) aus. Das Teilbudget K3 wird demzufolge nur bei einem kleinen Teil der Dienststellen/Organisationseinheiten (vor allem im Kultur- und Sozialbereich) von Bedeutung sein.

Bestimmte Transferaufwendungen wie Gewerbesteuerumlagen, Bezirksumlagen und Verlustausgleiche wurden dem Budget K5 zugeordnet.

Teilbudget K4 - Interne Leistungsbeziehungen

Beim Teilbudget K4 wird der Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen ergebnisorientiert ermächtigt.

Im Teilbudget K4 werden sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen aus Verwaltungskostenerstattungen (VKE) und internen Leistungsverrechnungen (ILV) dargestellt.

Die Steuerung der Leistungen, die über die ILV und VKE verrechnet werden, erfolgt vorerst primär bei den leistungserbringenden Einheiten. Budgetabweichungen haben erst einmal keine haushaltsrechtlichen Konsequenzen und verbleiben als Plan-Ist-Abweichungen auf dem Produkt. Bei den leistungsempfangenden Einheiten werden die ILV und VKE Gegenstand des Berichtswesens und der Controlling-Gespräche um Abweichungen aufzuzeigen und zu untersuchen. Mittelfristig wird angestrebt, das Teilbudget K4 in die Steuerung durch die Leistungsempfänger mit einzubeziehen.

Teilbudget K5 - Sonstiges

Beim Teilbudget K5 werden die Sachkonten einzeln ermächtigt (siehe Band 1, Gliederungspunkt I.2.3).

Im Teilbudget K5 sind alle sonstigen Sachkonten, die keinem anderen Teilbudget zugerechnet werden können, beziehungsweise direkt dem Gesamthaushalt (Allgemeine Finanzwirtschaft) zugeordnet werden sollen, enthalten. Es handelt sich hierbei unter anderem um folgende Posten:

- Personalaufwendungen für ehemalige, nicht mehr aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Gewerbesteuerumlage, Bezirksumlage und Verlustausgleiche.
- Konsumtive Bestandteile von Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel Gebäudeunterhalt und Betriebsmittel.
- Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung der Sonderposten.

Eine Steuerungswirkung über die Produkte ist mit diesem Teilbudget nicht direkt verbunden. Das Teilbudget dient insbesondere zur Information und dem vollständigen Ausweis aller sonstigen Produktaufwendungen und -erträge. Aufgrund der zum Teil starken Plan-Ist-Schwankungen werden die Über- und Unterschreitungen lediglich zentral überwacht und in den jeweiligen

Controlling-Gesprächen mit den Produktverantwortlichen abgestimmt.

Teilbudget I1 - Investitionen für bewegliches Vermögen

Beim Teilbudget I1 wird die Summe der Auszahlungen ermächtigt.

Das Teilbudget I1 umfasst die Auszahlungen für bewegliches Vermögen (inklusive der geringwertigen Wirtschaftsgüter).

Teilbudget I2 - Investitionen für MIP-Maßnahmen

Die Ermächtigung der Investitionsmaßnahmen erfolgt grundsätzlich über das Investitionsprogramm, den Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) im Haushalt (siehe Band 1, Gliederungspunkt J.3.2).

Das Teilbudget I2 umfasst alle Einzahlungen und Auszahlungen für im MIP einzeln veranschlagte Maßnahmen.

Die konsumtiven Bestandteile von Investitionsmaßnahmen werden im Teilbudget K5 abgebildet.

H.2.2 Budgetierung mit Zielen und Kennzahlen

Die in den Produktdatenblättern (siehe Band 2) aufgeführten Ziele und Kennzahlen stellen den Leistungszweck dar, für welche der Stadtrat das Budget in Form von Finanzmitteln zur Verfügung stellt.

Die über den Haushaltsplan vereinbarten Ziele und Kennzahlen dürfen von der Verwaltung nicht selbständig geändert werden. Die Verwaltung darf ebenso wenig Ziele und Kennzahlen aus dem Haushalt herausnehmen oder neue hinzufügen. Sobald Ziele nicht mehr erreicht werden können, muss der Stadtrat informiert und mit diesem über die Anpassung der Ziele und/oder der finanziellen Mittel entschieden werden.

Wenn die im Budgetmodell definierten Deckungsfähigkeiten zwischen Produkten in Anspruch genommen werden, muss die Zielerreichung der Produkte weiterhin gewährleistet sein. Kann die Zielerreichung eines Produktes nicht mehr gewährleistet werden, kann nur in

Abstimmung mit dem Stadtrat und einer Anpassung der Ziele eine Deckungsfähigkeit hergestellt werden.

Für die erstmalige Steuerung über Ziele und Kennzahlen in den Produkthaushalten 2014-2016 sollen im Sinne einer Erprobungsphase die Ziele und Kennzahlen besonders gehandhabt werden. Die Haushalte 2014-2016 sollen dazu genutzt werden, um die im Haushalt dargestellten Ziele und Kennzahlen zu evaluieren. Es sollen dabei Plan/Ist-Abweichungen stehen gelassen werden, um in der jährlichen Kennzahlenplanung sukzessive besser zu werden. Zu den Abweichungen gibt es in den ersten Jahren zudem keine regelhaften politische Rechtfertigung. Nur wesentliche Zielabweichungen sollten im Stadtrat diskutiert und abgestimmt werden.

H.3 Budgetverantwortung

Auf der Produktebene liegt die Budgetverantwortung bei der/dem Produktverantwortlichen. Diese wird grundsätzlich von der Dienststellenleitung beziehungsweise der Leitung der Organisationseinheit wahrgenommen. Die Dienststellen/Organisationseinheiten führen ihre Budgets in freier und alleiniger Verantwortung aus.

Aufgabe der Budgetverantwortlichen ist es, die vereinbarten Leistungsziele zu erreichen und die dazugehörigen Finanzvorgaben unter Beachtung der Budgetregeln (Deckungsfähigkeit, Zweckbindung von Einzelansätzen, etc.) für das Produkt einzuhalten.

Eine wichtige Aufgabe der Dienststellen beziehungsweise Organisationseinheiten ist es, sowohl positive als auch negative Abweichungen rechtzeitig zu erkennen, diese zu kommunizieren und zu steuern.

Das Produktbudget teilt sich in die sieben Teilbudgets auf, die von den Produktverantwortlichen in unterschiedlicher Weise direkt steuer- bzw. beeinflussbar sind. Die Teilbudgets K1 und K2 sowie I1 sind vom Produktverantwortlichen voll zu steuern und von daher auch in vollem Umfang von ihm zu vertreten. Die Teilbudgets K3, K4 und K5 sind nur zum Teil vom Produktverantwortlichen steuer- bzw. beeinflussbar. Unabhängig davon werden diese Teilbudgets auch im Rahmen der Controllingprozesse thematisiert. Die Entwicklungen in den Teilbudgets K3, K4 und K5 sind Gegenstand der Controllinggespräche.

Des Weiteren werden die geplanten Investitionsmaßnahmen im Teilbudget I2 entsprechend der Vorgaben von den jeweils Verantwortlichen umgesetzt.

In den durch den Stadtrat im Rahmen des Haushaltsbeschlusses ermächtigten Bewirtschaftungsrahmen je Teilbudget kann der jeweilige Budgetverantwortliche den Haushalt unter Beachtung der beschlossenen Verwendungsaufgaben eigenständig bewirtschaften.

H.4 Deckungsregeln

Bei der Festlegung der Deckungsregeln wird eine Unterscheidung in eine sachliche und eine hierarchische Deckungsfähigkeit vorgenommen. Mit dem Begriff „sachliche Deckungsfähigkeit“ werden inhaltliche Ausgleichsregelungen innerhalb eines Teilbudgets oder zwischen einzelnen Teilbudgets beschrieben. Bei der hierarchischen Deckungsfähigkeit werden Ausgleichsregelungen zwischen Produkten im Rahmen der Vierebenen-Steuerung (Produkt, Dienststelle, Geschäftsbereich/Referat und Gesamtstadt) betrachtet. Die sachlichen Deckungsfähigkeiten müssen bei der hierarchischen Deckungsfähigkeit ebenfalls beachtet werden.

Um einen flexiblen Mitteleinsatz zu gewährleisten, sind je Produkt die Ansätze der in einem Teilbudget veranschlagten Aufwendungen und Erträge gegenseitig deckungsfähig, soweit in diesem Konzept nicht anders bestimmt ist. Ausnahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bestehen unter anderem im Teilbudget K5, in dem die Sachkonten einzelnen ermächtigt werden, sowie bei einzuhaltenden Zweckbindungen von Zuwendungen.

Die produktübergreifende Deckung (hierarchische Deckungsfähigkeit) wird entscheidend durch den Grundsatz eingeschränkt, dass die Budgets an die Ziele der jeweiligen Produkte gebunden sind und aus diesem Grunde nicht ohne Weiteres eine regelhafte Deckungsfähigkeit zwischen Produkten zulässig ist. Deckungsringe über mehrere Produkte hinweg sind daher im Budgetmodell grundsätzlich nicht vorgesehen, da diese der Output-Orientierung einer produktbezogenen Steuerung über Ziele und Kennzahlen entgegenlaufen würden. Ausnahmen waren unter anderem für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Jugendamt (J) und das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration - Sozialamt Nürnberg (SHA) notwendig, für die produkt-

übergreifende Deckungsringe zu den Teilbudgets K3 gebildet worden sind.

Als ein weiterer Grundsatz für die Deckungsregelungen gilt die Trennung von zahlungswirksamen und nicht-zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen. Gemäß § 20 Abs. 2 KommHV-Doppik dürfen zahlungsunwirksame Aufwendungen nicht zugunsten von zahlungswirksamen Aufwendungen für deckungsfähig erklärt werden. Dies betrifft beispielsweise Abschreibungen und Auflösungen von Sonderposten, die dem Teilbudget K5 zugeordnet sind.

H.4.1 Sachliche Deckungsfähigkeiten

Die sachliche Deckungsfähigkeit umfasst inhaltliche Ausgleichsregelungen innerhalb eines Teilbudgets und zwischen Teilbudgets. Die sachlichen Deckungsregeln sind zudem auch bei der hierarchischen Deckung (zum Beispiel beim Ausgleich zwischen Teilbudgets zweier unterschiedlicher Produkte) anzuwenden.

In der nachfolgenden Ansicht werden die möglichen Varianten der sachlichen Deckungsfähigkeit tabellarisch anhand von Sender-Empfänger-Beziehungen dargestellt und anschließend im Detail erläutert.

Teilbudget K1 - Sachmittel

Alle zahlungswirksamen Aufwands- und Ertragsarten innerhalb des Teilbudgets K1 Sachbudget sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig.

Zweckgebundene Ansätze im Teilbudget K1 sind durch die Dienststelle/Organisationseinheit einzuhalten.

Auch Sachkonten mit größeren Ansätzen (zum Beispiel Erträge aus Verwaltungsgebühren) sind generell in die gegenseitige Deckungsfähigkeit mit einbezogen. Allerdings sind im Rahmen der unterjährigen Controlling-Gespräche individuelle Vereinbarungen zu treffen, wie mit stark vom Planansatz abweichenden Aufwendungen und Erträgen umgegangen wird.

Zu anderen Teilbudgets bestehen folgende Deckungsfähigkeiten:

- Deckungsfähigkeit von K2 (Sender) nach K1 (Empfänger):
Durch Stellenfreihaltung in K2 kann Sachbudget in K1 geschaffen werden.
- Deckungsfähigkeit von K1 (Sender) nach K2 (Empfänger):
Freie Mittel aus dem Teilbudget K1 können für den folgenden Fall zur Deckung in K2 herangezogen werden: Bei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen

		E M P F Ä N G E R – Teilbudget						
		K1 (Sachmittel)	K2 (Personal, nur Aktive)	K3 (Sozialtransfers/ Zuwendungen)	K4 (Int. Leistungs- beziehungen)	K5 (Sonstige)	I1 (Bewegliches Vermögen)	I2 (MIP)
S E N D E R – Teilbudget	K1	Teilbudget	teilweise deckungsfähig	---	---	---	deckungsfähig	---
	K2	deckungsfähig	Teilbudget auf Basis Normkosten	--	---	---	deckungsfähig	---
	K3	---	---	Teilbudget unter Beachtung Zuwendungsliste	---	---	---	---
	K4	---	---	---	Teilbudget ohne Steuerung	---	---	---
	K5	---	---	---	---	Keine Deckungs- fähigkeiten	---	---
	I1	nicht deckungsfähig	nicht deckungsfähig	---	---	---	Teilbudget	---
	I2	---	---	---	---	---	---	---

und Mitarbeitern kann die Dienststelle/Organisationseinheit eigenverantwortlich durch Anordnung von Mehrarbeit Stunden befristet aufstocken. Hierfür gelten insbesondere die folgenden Regelungen:

- Die Stunden können bis maximal zur Vollbeschäftigung

tigung aufgestockt werden.

- Die Befristung gilt grundsätzlich maximal für 6 Monate.
- Die Summe der Mehrarbeitsvergütungen soll zunächst probeweise auf 1 % der Personalaufwendungen in K2 festgelegt werden.
- Über das Berichtswesen werden die entsprechenden Steuerungsinformationen zur Verfügung gestellt.
- Die bei der Stadt Nürnberg geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen finden Anwendung.

- Deckungsfähigkeit von K1 (Sender) nach I1 (Empfänger):
Bewegliches Vermögen in I1 kann durch konsumtive Minderaufwendungen bzw. Mehrerträge aus K1 gedeckt werden. Der umgekehrte Fall (Deckungsfähigkeit von I1 nach K1) ist nach § 20 Abs. 4 KommHV-Doppik ausgeschlossen.

Teilbudget K2 - Personal (nur Aktive)

Alle Aufwands- und Ertragsarten innerhalb des Teilbudgets K2 sind gegenseitig deckungsfähig. Beispielsweise können die durch eine nicht besetzte Stelle eingesparten Mittel innerhalb von K2 dazu verwendet werden, bei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Anordnung von Mehrarbeit Stunden befristet aufzustocken oder überplanmäßig begutachtete Stellen damit zu finanzieren.

Zu anderen Teilbudgets bestehen folgende Deckungsfähigkeiten:

- Deckungsfähigkeit von K1 (Sender) nach K2 (Empfänger):
Siehe Erläuterungen zu Teilbudget K1.
- Deckungsfähigkeit von K2 (Sender) nach K1 (Empfänger):
Siehe Erläuterungen zu Teilbudget K1.
- Deckungsfähigkeit von K2 (Sender) nach I1 (Empfänger):
Durch Stellenfreihaltung in K2 kann Bewegliches Vermögen in I1 finanziert werden.

Teilbudget K3 - Sozialtransferleistungen und Zuwendungen

Innerhalb des Teilbudgets K3 besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit für die Sozialtransferaufwendungen und -erträge.

Die Zweckbindungen von Zuwendungen sind allerdings durch die Dienststellen/Organisationseinheiten einzuhalten.

Zu anderen Teilbudgets bestehen keine Deckungsfähigkeiten.

Teilbudget K4 - Interne Leistungsbeziehungen

Alle Aufwands- und Ertragsarten aus internen Leistungsverrechnungen (ILV) und Verwaltungskostenerstattungen (VKE) innerhalb des Teilbudget K4 sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig.

Alle Aufwands- und Ertragsarten in K4 sind nicht zahlungswirksam. Zu anderen Teilbudgets bestehen deshalb gemäß § 20 Abs. 2 Satz 3 KommHV-Doppik keine Deckungsfähigkeiten. Einsparungen im ILV-Budget dürfen wegen § 20 Abs.1 Satz 2 KommHV-Doppik (keine Deckungsfähigkeit von zahlungsunwirksamen mit zahlungswirksamen Aufwendungen) nicht zu Mehrauszahlungen führen und dürfen daher nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Bereich der anderen Teilbudgets verwendet werden.

Teilbudget K5 - Sonstiges

Innerhalb des Teilbudgets K5 bestehen keine gegenseitigen Deckungsfähigkeiten zwischen Aufwendungen und Erträgen. Die Haushaltsermächtigung und -bewirtschaftung erfolgen auf der Ebene von einzelnen Sachkonten.

Auch in Bezug auf die Deckungsfähigkeit zwischen den Teilbudgets ist das Teilbudget K5 als isoliert von den anderen Teilbudgets zu beurteilen. Es bestehen grundsätzlich keine Deckungsfähigkeiten des Teilbudgets K5 zu den anderen Teilbudgets.

Teilbudget I1 - Investitionen für bewegliches Vermögen

Innerhalb des Teilbudgets I1 besteht grundsätzlich eine gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen Auszahlungen.

Zu anderen Teilbudgets bestehen folgende Deckungsfähigkeiten:

- Deckungsfähigkeit von K1 (Sender) nach I1 (Empfänger):
Siehe Erläuterungen zu Teilbudget 1.
- Deckungsfähigkeit von K2 (Sender) nach I1 (Empfänger):
Siehe Erläuterungen zu Teilbudget K2.

Teilbudget I2 - Investitionen für MIP-Maßnahmen

Es bestehen für das Teilbudget I2 allerdings keine Deckungsfähigkeiten zu anderen Teilbudgets.

H.4.2 Hierarchische Deckungsfähigkeiten

Bei der hierarchischen Deckungsfähigkeit geht es um Ausgleichsmechanismen im Sinne der Vier-Ebenen Steuerung, bei der in einer festgelegten Reihenfolge auf Produkt-, Dienststellen-, Geschäftsbereichs-/Referats- und Gesamtstadtebene nach Deckungsmöglichkeiten gesucht wird.

Bei der hierarchischen Deckungsfähigkeit lassen sich im Rahmen der Vier-Ebenen Steuerung folgende Deckungsmöglichkeiten definieren:

Das Sachkonto 64130000 „Dienstreisen und Dienstfahrten“, das zum Teilbudget K1 gehört, weist in der Leistung „L111114001 Haushalts-/Finanzsteuerung, Controlling“ die zum Produkt „111114 Konzernsteuerung Finanzreferat“ gehört, eine Unterdeckung auf. Auf der Stufe 1 ist nun zu prüfen, ob innerhalb der Leistung L111114001 oder durch eine andere Leistung des gleichen Produktes, zum Beispiel durch die Leistung „L111114002 Beteiligungsmanagement“ im Teilbudget K1 durch ein anderes Sachkonto eine Deckung herbeigeführt werden kann.

Die Ansätze zwischen den Teilbudgets innerhalb eines Produktes einer Dienststelle/Organisationseinheit sind entsprechend der sachlichen Deckungsregeln der Teilbudgets deckungsfähig (Hierarchiestufe 2) und werden in Verantwortung des/der Produktverantwortlichen verwaltet. Der/die Produktverantwortliche kann somit in ihren einzelnen Produkten zwischen den Leistungen entsprechend der sachlichen Deckungsregeln frei wirtschaften. Zur internen Steuerung der Dienststellen/Organisationseinheiten werden auf der Leistungsebene grundsätzlich die Ziele und Kennzahlen definiert. Für die Darstellung im Produktblatt werden dann die wesentlichen Ziele und Kennzahlen ausgewählt und im

Hierarchiestufe	Deckungsmöglichkeiten	Steuerungsebene
1	Innerhalb einer Leistung in einem Teilbudget beziehungsweise zwischen Leistungen in einem Teilbudget innerhalb eines Produktes	Produkt
2	Zwischen Teilbudgets innerhalb eines Produktes	Produkt
3	Zwischen Produkten innerhalb einer Dienststelle unter Berücksichtigung der sachlichen Deckungsfähigkeit	Dienststelle/Organisationseinheit (je nach Wertgrenze)
4	Zwischen Produkten innerhalb des Geschäftsbereichs/Referats unter Berücksichtigung der sachlichen Deckungsfähigkeit	Geschäftsbereich/Referat (je nach Wertgrenzen)
5	Zwischen Produkten innerhalb des Geschäftsbereichs/Referats ohne Berücksichtigung der sachlichen Deckungsfähigkeit	Gesamtstadt (Stk)
6	Zwischen Produkten geschäftsbereichs-/referatsübergreifend	Gesamtstadt (Stk)
7	Nachtragshaushalt	Gesamtstadt (Stk)

Bei der hierarchischen Deckungsfähigkeit beginnt die Prüfung der Deckung immer in der 1. Stufe damit, ob innerhalb einer Leistung beziehungsweise zwischen Leistungen innerhalb des Produktes in einem Teilbudget eine Deckung herbeigeführt werden kann. Beispiel:

Produkthaushalt auf Produktebene abgebildet.

Ist der Ausgleich innerhalb der Teilbudgets eines Produkts entsprechend der zuvor formulierten Deckungsfähigkeiten nicht möglich, so sind die Dienststel-

len/Organisationseinheiten stets verpflichtet, zwischen den ihnen zugeordneten Produkten unter Berücksichtigung der sachlichen Deckungsregeln einen Ausgleich herbeizuführen (Hierarchiestufe 3). Bis zu einer bestimmten Wertgrenze kann die Dienststelle/Organisationseinheit eigenverantwortlich die Umschichtung vornehmen. Der/das für die Dienststelle/Organisationseinheit zuständige Geschäftsbereich/Referat und die Stadtkämmerei sind über die Mittelumschichtung zu informieren. Übersteigt der Ausgleich eine bestimmte Wertgrenze, so wird ein Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt.

Ist ein Ausgleich innerhalb einer Dienststelle nicht möglich, so ist nach dem Modell der „Vier-Ebenen-Steuerung“ in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich/Referat zu prüfen, ob ein Ausgleich innerhalb des Geschäftsbereichs/Referats machbar ist (Hierarchiestufe 4).

Erst zum Schluss, wenn alle vorgenannten Ausgleichsmöglichkeiten fehlgeschlagen sind, kann die Stadtkämmerei einen Ausgleich aus gesamtstädtischen Mitteln vornehmen (Stufen 5, 6 und 7).

Für den hierarchischen Budgetausgleich zwischen Produkten werden folgende Wertgrenzen festgelegt:

len (DSt.)/Geschäftsbereiche (GB) einzelfallbezogen Mittel bis zu einem Betrag von 15.000 € maximal zweimal pro Jahr je Senderprodukt zwischen Produkten eigenverantwortlich umschichten. Im Rahmen des Berichtswesens wird über die Mittelumschichtung informiert. Liegen einzelfallbezogen die umzuschichtenden Finanzmittel zwischen 15.000 € und 30.000 €, so muss der Ausgleich von der Stadtkämmerei genehmigt werden. Ein Betrag zwischen 30.000 € und 100.000 € fällt in den Zuständigkeitsbereich des Finanzreferenten, Mittelumschichtungen über 100.000 € je Einzelfall muss der Stadtrat genehmigen.

Die mit dem Stadtrat festgelegten Ziele und Kennzahlen sind bei einem hierarchischen Budgetausgleich stets zu beachten und einzuhalten! Veränderungen der Ziele und Kennzahlen können nur über den Stadtrat erfolgen.

Eine besondere Rolle kommt im Zusammenhang mit den hierarchischen Deckungsfähigkeiten den Produkten zu, die kostendeckende Leistungen (Kostendecker und Gebührenhaushalte) abbilden. Hier sind für den Budgetausgleich die jeweils gesetzlichen Vorschriften (zum Beispiel Gebührenausgleichsrücklagen) zu beachten.

Die Überschüsse bei Produkten von kostenrechnenden

		E M P F Ä N G E R Produkt B						
		K1 (Sach- budget)	K2 (Personal- budget)	K3 (Sozialtransfers/ Zuwendungen)	K4 (ILV und VKE)	K5 (Sonstige)	I1 (GWG)	I2 (MIP)
SENDER Produkt A	K1	< 15.000 €: DSt./GB < 30.000 €: Stk < 100.000 €: Ref. II > 100.000 €: StR		---	---	---	Siehe K1/K2	---
	K2			---	---	---		---
	K3	---	---	Zuwendungen: < 10.000 €: Ref. II > 10.000 €: StR Sozialtransfers: Siehe K1/K2	---	---	---	---
	K4	---	---	---	„Deklaratorischer Charakter K4“	---	---	---
	K5	---	---	---	---	Einzelfall- entscheidung: < 30.000 €: Stk < 100.000 €: Ref. II > 100.000 €: StR	---	---
	I1	---	---	---	---	---	Siehe K1/K2	---
	I2	---	---	---	---	---	---	Wertgrenzen auch für Invest.-Maßnahmen

Im Bereich der Teilbudgets K1, K2 und I1 und teilweise K3 (nur Sozialtransferleistungen) können die Dienststel-

Einrichtungen, wie der Friedhofsverwaltung, des Markt-
amts und der Stiftungsverwaltung, dürfen nicht zur

Deckung von Aufwendungen anderer Produkte bzw. Einrichtungen verwandt werden. Dies betrifft die folgenden Produkte:

- Friedhofsverwaltung (Frh):
Produkt 553000 „Friedhofsverwaltung (hoheitlicher Bereich)“
Produkt 553010 „Bestattungsdienst und Krematoriumsbetrieb“
- Marktamt und Landwirtschaftsbehörde (ML):
Produkt 573010 „Marktwesen“
- Stadtkämmerei/Stiftungsverwaltung (Stk/3):
Produkt 111340 „Stiftungsverwaltung“

H.4.3 Zweckbindungen

Als Besonderheit bei der Deckungsfähigkeit müssen zweckgebundene Ansätze beachtet werden. Nach § 19 KommHV-Doppik ist die gegenseitige Deckungsfähigkeit einzuschränken, wenn sich eine zweckentsprechende Verwendung der Erträge aus einer rechtlichen Verpflichtung ergibt.

Von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit werden grundsätzlich folgende Geschäftsvorfälle ausgenommen:

1. Spenden und Schenkungen für einen bestimmten konsumtiven Zweck.
2. Projektmittel.
3. Entgelte von kostenrechnenden Einrichtungen (zum Beispiel die Friedhofsverwaltung und das Marktamt); diese dürfen nach Art. 8 Abs. 6 KAG nur zur Deckung von Aufwendungen der betreffenden Einrichtungen verwandt werden. Gleiches gilt auch für privatrechtliche Entgelte (zu beachten bei produktübergreifendem Ausgleich innerhalb eines Geschäftsbereichs).
4. Erträge, bei denen sich die Zweckbindung aus einer gesetzlichen (zum Beispiel der Anteil der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 ff FAG insbesondere für den Straßenbau und -unterhalt und die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 46 Abs. 5 SGB II) oder einer vertraglich festgelegten Bestimmung oder Regelung ergibt.

Konsumtive Haushaltsmittel für sachlich und zeitlich begrenzte neue Aufgaben (insbesondere Projekte) sind jeweils zweckgebunden. Für andere Zwecke dürfen diese Mittel grundsätzlich nur nach vorheriger Genehmigung durch den „Ältestenrat und Finanzausschuss“ verwendet werden. Es steht in der Verantwortung der

Dienststelle, dass die Mittelbindungen, trotz der grundsätzlichen gegenseitigen Deckungsfähigkeiten in den Teilbudgets, eingehalten werden.

Die eigenen Zuwendungen und Zweckbindungen werden im Haushaltsplan über separate Darstellungen/Listen sowie Haushaltsvermerke abgebildet und ermächtigt.

H.4.4 Deckungsringe

Nach § 20 KommHV-Doppik können Aufwendungen im Ergebnishaushalt produktübergreifend für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn sie sachlich zusammenhängen.

Die gebildeten Deckungsringe werden im Gliederungspunkt I.3 ausführlich dargestellt.

H.5 Übertragung von Haushaltsmitteln

Nach § 21 KommHV-Doppik können Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen und Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Letzteres nur, wenn die Übertragbarkeit eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert - für übertragbar erklärt werden.

Unter einem Haushaltsrest wird ein nicht verbrauchter Planansatz oder eine außer-/überplanmäßige Ermächtigung verstanden, der unter Beachtung der Regelungen des § 21 KommHV-Doppik in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden kann.

Der Begriff „Budgetrest“ leitet sich aus der gleichen gesetzlichen Grundlage ab wie der Begriff „Haushaltsrest“ und ist als Sonderform der Haushaltsrestebildung zu sehen. Bei der Stadt Nürnberg ist die Übertragung von Budgetresten am Jahresende innerhalb der Teilbudgets eines Produktes grundsätzlich in Abstimmung mit Stk möglich. Budgetreste werden durch einen Beschluss des Ältestenrates und Finanzausschusses für übertragbar erklärt.

Der Übertrag von Budgetresten wird wie folgt geregelt:

Bei der Übertragung von Budgetresten in das neue Haushaltsjahr muss stets die jeweilige Zielerreichung im Sinne der Output-Orientierung berücksichtigt wer-

den. Mit Blick auf die Zielerreichung sind drei unterschiedliche Szenarien möglich:

a) Das Budget ist nicht aufgebraucht und die Produktziele sind nicht erreicht:

Da die politische Zielsetzung noch nicht erreicht wurde, besteht der Leistungszweck weiter.

Falls das Ziel im neuen Jahr erreicht werden soll, ist eine Übertragung von Mitteln zur weiteren Zielerreichung möglich.

Falls vom Ziel abgesehen wird entfällt der Leistungszweck. Es können keine Mittel übertragen werden.

b) Das Budget ist nicht aufgebraucht, aber die Produktziele sind erreicht:

Die Zielerreichung soll durch einen Budgetübertrag entsprechend honoriert werden.

Mindestens 50% des Budgetüberschusses werden unter Vorlage eines Verwendungsvorschlags in das Folgejahr übertragen. In begründeten Fällen ist eine weitere Budgetübertragung bis zu 100 % möglich.

c) Das Budget wurde überzogen:

Unabhängig von der Zielerreichung stellt das Überziehen der Haushaltsmittel einen Haushaltsverstoß dar. Die Zielverfehlung kann entsprechend sanktioniert werden!

Der Budgetausgleich erfolgt durch Stk im Rahmen der Steuerung des Gesamthaushalts oder durch einen Ausgleich über einen Nachtragshaushalt.

Einen automatisierten negativen Budgetübertrag in das Folgejahr soll es grundsätzlich nicht mehr geben. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass ein nach starren Kriterien vorgenommener negativer Übertrag seine Wirkung verlieren kann. Stattdessen soll das negative Budgetergebnis einer näheren Analyse unterzogen werden. Der Produktverantwortliche hat die Ursachen für die Fehlentwicklung zu vertreten und darzulegen. Einzelfallbezogen wird entschieden, wie mit dem negativen Budgetergebnis in den Folgejahren umgegangen wird.

Die Übertragbarkeit der Haushaltsmittel ist im konsumtiven Bereich auf die Teilbudgets K1 und K2 be-

schränkt. Haushaltsmittel aus den anderen Teilbudgets sind nicht ins nächste Haushaltsjahr übertragbar:

Das Teilbudget K3 beinhaltet gesetzliche Leistungsvorgaben. Somit sind die Ansätze von Sozialtransferleistungen und Zuwendungen grundsätzlich nicht übertragbar.

Das Teilbudget K4 ist für die Produktverantwortlichen derzeit grundsätzlich nicht steuerungsrelevant. Somit sind Ansätze der Internen Leistungsverrechnung und Verwaltungskostenerstattung grundsätzlich nicht übertragbar.

Das Teilbudget K5 kann nicht durch den Produktverantwortlichen gesteuert werden. Somit sind die Ansätze grundsätzlich nicht übertragbar.

Für die Übertragung von Haushaltsmitteln im investiven Bereich gelten folgende Regelungen:

I1: Bewegliches Vermögen (inklusive geringwertiger Wirtschaftsgüter):

Für nicht ausgeschöpfte Ermächtigungen ist nach entsprechender Begründung ein Übertrag ins nächste Haushaltsjahr, d.h. die Bildung von Haushaltsresten möglich. Es handelt sich aufgrund der konkret gemeldeten Bedarfe und zugewiesenen Ansätze jedoch um eine beschränkte Übertragbarkeit, d.h. es ist der Einzelfall zu prüfen.

I2: MIP-Einzelposten:

Für nicht ausgeschöpfte Ermächtigungen ist bis zum Abschluss der Investitionsmaßnahme gemäß § 21 Abs. 1 KommHV-Doppik ein Übertrag ins nächste Haushaltsjahr, d.h. die Bildung von Haushaltsresten möglich. Die Planung einer Einzelmaßnahme erfolgt jahresbezogen innerhalb des MIP-Zeitraums, d.h. für die jeweils vier folgenden Jahre.

H.6 Vom einheitlichen Budgetmodell abweichende Sonderfälle

Die in den vorgenannten Kapiteln vorgestellten Budgetregelungen gelten grundsätzlich für alle Produkte. Jedoch gibt es Produkte, auf die diese Regelungen aufgrund anderer Anforderungen nicht angewendet werden können. Beispielsweise erfolgt bei einem Kostendecker die Steuerung nicht über die einzelnen Teilbudgets, sondern über das Gesamtergebnis (K1 bis K5).

Somit müssen für diese Fälle andere Regelungen (zum Beispiel zur Ermächtigung oder zum Budgetübertrag) definiert werden.

H.6.1 Externe Kostendecker

Externe Kostendecker dürfen grundsätzlich kein geplantes Defizit aufweisen und erwirtschaften ihre Aufwendungen durch die Verrechnung von Leistungen an Dritte. Maßgeblich für die Steuerung ist die Erreichung eines ausgeglichenen Ist-Ergebnisses.

Externe Kostendecker werden analog zu den anderen Produkten geplant und durchlaufen den regelhaften Planungsprozess. Für den Haushaltsvollzug und das Controlling gibt es allerdings Sonderregeln:

- Die Ermächtigung des Gesamtsaldos erfolgt über K1-K5 hinweg. Alle Aufwendungen und Erträge der externen Kostendecker ergeben so ein ermächtigtes Globalbudget und K1 bis K5 sind gegenseitig voll deckungsfähig.
- Für die Ermächtigung der Teilbudgets für Investitionen (I1 und I2) werden die Standardregeln angewendet.
- Der Budgetübertrag orientiert sich am Ergebnis der Gebührenkalkulation.
- Besondere Steuerung im Controllingprozess, da spezielle Anforderungen aus der Gebührenkalkulation bestehen. Zum Beispiel muss die Steuerung der Personalkosten (K2) auf der Grundlage der „echten“ Ist-Kosten und nicht mit den aus Durchschnittswerten berechneten Kosten stattfinden.

Die Überschüsse bei Produkten von kostenrechnenden Einrichtungen dürfen nicht zur Deckung von Aufwendungen anderer Produkte bzw. Einrichtungen verwandt werden und werden deshalb von der hierarchischen Deckungsfähigkeit ausgeschlossen.

Betroffen von dem Ausschluss aus der hierarchischen Deckungsfähigkeit sind die folgenden Produkte externer Kostendecker:

- Friedhofsverwaltung (Frh):
Produkte 553000, 553010.
- Marktamt und Landwirtschaftsbehörde (ML):
Produkt 573010.
- Stadtkämmerei/Stiftungsverwaltung (Stk/3):
Produkt 111340.

H.6.2 Ehemals plafonierte Dienststellen

Mit der Einführung des neuen einheitlichen Budgetmodells werden die bis zum 31.12.2013 geltenden Regelungen zur Plafonierung aufgehoben.

Betroffen davon sind die folgenden derzeit plafonierten Dienststellen mit den folgenden Produkten:

- Bildungscampus (BCN):
Stadtbibliothek (BCN/StB):
Produkte 217201, 218101, 231101,
243105, 272100.

Bildungszentrum (BCN/BZ):
Produkte 271100, 271101.
- Amt für Kultur und Freizeit (KuF):
Produkte 273000, 273010, 353021,
367040.
- Tiergarten (Tg):
Produkt 253010.

Für die Haushaltsjahre 2014 bis einschließlich 2016 werden für die genannten Dienststellen übergangsweise folgende, vom einheitlichen Budgetmodell abweichende Regelungen getroffen:

- Die Budgetergebnisse werden ohne Einschränkung in das nächste Haushaltsjahr übertragen, letztmalig also in das Haushaltsjahr 2017.
- Alle Produkte einer ehemals plafonierten Dienststelle bilden einen Deckungsring. Mittelumschichtungen innerhalb eines Teilbudgets zwischen den Produkten der jeweiligen Dienststelle gelten als genehmigt. Beispielsweise können Mehraufwendungen im Teilbudget K1 eines Produktes nur durch Minderaufwendungen im Teilbudget K1 eines anderen Produktes gedeckt werden.

H.6.3 Sonstige von der Budgetierung ausgenommene Produkte

Neben den Produkten der externen Kostendecker werden die folgenden Produkte ebenfalls von der Standard-Budgetlogik ausgenommen:

- Jobcenter Nürnberg (JCN):
Produkt 312900

- Personalamt (PA):
 - Produkt 111231 (Beihilfe)
 - Produkt 111233 („Stellenplanteil B und Nachwuchskräfte“)
- Geschäftsbereichs-/referatsübergreifend:
 - Allgemeine Finanzwirtschaft:
 - Produkte 122000, 547010, 611100, 612100, 613000.
 - Beteiligungen:
 - Produkte 122410, 261002, 315300, 315601, 411000, 535000, 548000, 573020, 573030.
 - Nicht rechtsfähige Stiftungen:
 - Produkte 112001, 112002, 112003, 112004, 112005, 112006, 112007, 112008, 112009, 112010, 112011, 112012, 112013, 112014, 112015, 112016, 112017, 112018, 112019, 112020, 112021, 112022, 112023, 112024, 112025.